

CELLER STIMMEN

„Die Richtung stimmt“, sagt der Celler CDU-Bundestagsabgeordnete **Henning Otte** zum Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD. „Es wird keine Steuererhöhungen geben und die Bürgerversicherung konnte verhindert werden, wodurch die Gesundheitsversorgung insgesamt gestärkt wird.“ Der individuelle Anspruch auf Familiennachzug solle durch ein begrenztes Kontingent ersetzt werden, stattdessen sei ein Einwanderungsgesetz für Fachkräfte



geplant. „Alles wichtige Signale für unsere Republik nach innen wie nach außen.“

Im Bereich der Verteidigung sei bei den Gesprächen Vorrang für die bestmögliche Ausrüstung und Ausbildung für die Soldaten vereinbart worden, sagt Otte, der auch verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ist. „Jetzt muss die SPD gewährleisten, dass sie die Rückendeckung ihrer Mitglieder sicherstellt. Wir wollen als Union schnell eine stabile Regierung stellen.“

Die Celler SPD-Bundestagsabgeordnete **Kirsten Lühmann** hebt in einer ersten Beurteilung eine „deutlich erkennbare sozialdemokratische Handschrift“



im Sondierungspapier hervor: „Zum Beispiel bei der Rente sind die Konzepte der SPD komplett übernommen worden. Auch die finanzielle Entlastung von Familien, die paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge und über sechs Milliarden Euro für die Bildung gehören zu den Beschlüssen des SPD-Parteitags, die von den Verhandlungen umgesetzt werden konnten.“

„Die kommende Woche werden wir nutzen, um mit den SPD-Mitgliedern die bisherigen Ergebnisse zu diskutieren“, sagt Lühmann mit Verweis auf den entscheidenden SPD-Bundesparteitag am 21. Januar. Es gebe zahlreiche Themen, bei denen noch einiges an Arbeit vor den alten und potenziell neuen Regierungspartnern liege. „Denn mit so wolkigen Formulierungen wie sie jetzt in einigen Bereichen zu lesen sind, werden wir nicht in eine Große Koalition eintreten können.“



Kritik an Sondierern

„Unmenschlich, schockierend, bedrückend“

BERLIN. Die Ergebnisse der Sondierungen von SPD und Union über eine Regierungsbildung stoßen auf viel Kritik, finden teilweise aber auch Lob. Grüne und Menschenrechtsorganisationen rügten gestern vor allem einen schärferen Kurs in der Flüchtlingspolitik, Umweltverbände einen mangelnden Ehrgeiz beim Klima- und Naturschutz. Die Linke kritisierte, die soziale Spaltung im Land werde nicht geklärt.

Der Naturschutzverband WWF erklärte, die verabredeten Schritte leisteten keinen Beitrag zum Kampf gegen die Klimakrise oder das Artensterben in Deutschland. Auch fehlten konkrete Maßnahmen zum Erreichen der deutschen Klimaziele. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) resümierte, unter einer erneuten großen Koalition droht nun weitere vier Jahre Stillstand beim Natur- und Umweltschutz. Geradezu „schockierend“ sei, dass das von beiden Vorgängerregierungen gesetzte Klimaziel einer 40-prozentigen Treibhausgasreduktion bis 2020 aufgegeben werde.

Pro Asyl rügte die Beschlüsse, den Zugang von Flüchtlingen auf 180.000 bis 220.000 pro Jahr und den Familiennachzug auf 1000 Menschen im Monat zu begrenzen. Dies sei „ein Sieg der Hardliner über Humanität und Menschenrechte“, erklärte der Verband. Die Grünen-Politikerin Claudia Roth

kam zu dem Schluss: „Diese Beschlüsse sind unmenschlich und treten das Grundrecht auf Familie mit Füßen.“ Die AfD nannte die Obergrenze von 220.000 dagegen eine „Farce“. Ohne Sicherung der Grenzen sei eine entsprechende Steuerung gar nicht möglich.

„Positiver, konstruktiver, zukunftsorientierter, ziel-führender Beitrag zur europapolitischen Debatte.“

Jean-Claude Juncker
EU-Kommissionspräsident

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker lobte die Pläne für die Europapolitik. „Das ist ein sehr erheblicher, positiver, konstruktiver, zukunftsorientierter, ziel-führender Beitrag zur europapolitischen Debatte.“ Frankreichs Regierungssprecher Benjamin Griveaux sagte: „Diese Einigung ist gut für Deutschland, gut für Frankreich und vor allem gut für Europa.“ In dem Papier steht, dass Union und SPD den Zusammenhalt Europas „auf allen Ebenen vertiefen und das Prinzip der wechselseitigen Solidarität stärken“ will. Die EU solle bürgernäher und transparenter werden und dadurch

neues Vertrauen gewinnen. Auch solle mehr Geld aus Deutschland nach Brüssel fließen.

Die deutsche Wirtschaft kritisierte die finanzpolitischen Pläne von Union und SPD. „Wir vermissen Ansätze für eine wettbewerbsfähige Steuerreform“, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Eric Schweitzer. „Der Verzicht auf eine Erhöhung der Steuern für Unternehmen, die im weltweiten Wettbewerb stehen, ist zu wenig.“ Unter dem Strich drohten eher Mehrbelastungen, etwa bei Lohnzusatzkosten. Gute Ansätze fänden sich bei mehr Investitionen in Bildung und Breitbandausbau und dem klaren Bekenntnis zu Europa.

Der Sozialverbände VdK und Gemeindefund begrüßte dagegen das Ergebnispapier der Sondierungsgespräche. „Besonders die Fortschreibung der Finanzmittel für die Kommunen in den Bereichen Integration, Bauen und Verkehrspolitik ist ein ganz wichtiges Signal.“ Ähnlich äußerte sich der Deutsche Städtetag.

Der Sozialverband VdK steht der geplanten Grundrente, mit der die Renten langjähriger Geringverdienender verbessert werden sollen, kritisch gegenüber. „Die Zugangsvoraussetzungen sind aus unserer Sicht fern der Lebenswirklichkeit. 35 Jahre Versicherungszeit sind von vielen Menschen, vor allem Frauen, nicht erreichbar.“ (dpa)

MEINUNG

Schlafentzug

VON KLAUS M. FRIELING

Die letzte Sondierungsrunde der Spitzen von CDU, CSU und SPD im Berliner Willy-Brandt-Haus hat rund 25 Stunden gedauert – länger als etwa die Krisensitzungen über den Bürgerkrieg in der Ostukraine oder Finanzhilfen für das pleitebedrohte Griechenland. Schlaflos durch die Nacht, bei solchen nächtlichen Dauerverhandlungen vor allem Reaktionsvermögen und ethisch-moralische Grundsätze. Die Nacht sei kein Zeitpunkt für sachliche Entscheidungen, hatte ein Mediziner schon nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen gesagt.

So ließ die Kritik am Ergebnis der Sondierung gestern nicht lange auf sich warten: kein Neuanfang, keine Inspiration, keine Zukunftsvision. Nach acht großkoalitionären Regierungsjahren in den letzten zwölf Jahren wird das zerrüttete schwarz-rote Politikpaar eben nur aus staatspolitischer Verantwortung aufs Neue zusammenggeführt. So gesehen kann sich das 28-seitige Ergebnis durchaus sehen lassen. Jeder der Beteiligten hat etwas erreicht, keiner ist vollauf zufrieden. In den anstehenden Koalitionsverhandlungen wird noch über manches zu reden sein, wieder wird es Nachtsitzungen geben. Falls sich der SPD-Parteitag diesen Gesprächen verweigern sollte, drückt er sich vor der Verantwortung.

Was bedeuten die Groko-Pläne für den Geldbeutel der Bürger?

BERLIN. Die Spitzen von Union und SPD haben sich in ihren Sondierungen für eine Regierungsbildung auf eine Reihe steuer- und sozialpolitischer Verbesserungen verständigt. Wenn sich das in einem Koalitionsvertrag wiederfindet, könnte das erhebliche Entlastungen für den Bürger bringen.

Paritätisch finanzierte Krankenversicherung: Die von der SPD geforderte einheitliche gesetzliche Bürgerversicherung kommt nicht. Dafür soll der Gesamtbeitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wieder paritätisch finanziert werden.

Der Gesamtbeitragssatz setzt sich zur Zeit aus einem festen allgemeinen Beitragssatz und einem flexiblen Zusatzbeitrag zusammen. Der feste Satz

trägt 14,6 Prozent und wird paritätisch finanziert, also je 7,3 Prozent von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern. Die Zusatzbeiträge müssen die Versicherten alleine schultern.

Zur Zeit liegt er im Schnitt bei 1,0 Prozentpunkten. Das heißt, zur Zeit muss der Arbeitnehmer 8,3 und der Arbeitgeber 7,3 Prozent. Wenn der gesamte Beitrag wieder halbe halbe geteilt würde, müssten Arbeitnehmer und Arbeitgeber 7,8 Prozent bezahlen. Das wäre eine Entlastung der Arbeitnehmer um 0,5 Prozentpunkte vom Brutto. Ein Arbeitnehmer mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 3200 Euro hat also eine Brutto-Entlastung von 16 Euro im Monat.

Mütterrente: Mütter, die ihre Kinder vor 1992 auf die Welt gebracht

haben, sollen künftig auch das dritte Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen, allerdings nur Mütter, die vor 1992 drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht hatten. Der Wert für einen Rentenzeitpunkt und damit für das Plus in der Tasche einer solchen Rentnerin, die vor 1992 drei und mehr Kinder geboren hatte, lag 2017 im Westen bei 31 Euro und im Osten bei knapp 30 Euro. Die Deutsche Rentenversicherung Bund veranschlagt die von der CSU geforderte Ausweitung mit Kosten von sieben bis acht Milliarden Euro. Diese müsse aus Steuermitteln finanziert werden, so die Rentenversicherung.

Grundrente: Die Rentenversicherung Bund gibt zur Zeit als Faustregel an: Wenn das gesamte monatliche Ein-

kommen durchschnittlich unter 838 Euro liegt, solle geprüft werden, ob Anspruch auf Grundsicherung bestehe. Und Menschen, die Jahrzehnte gearbeitet, Kinder erzogen, Angehörige gepflegt haben, sollen nach 35 Beitragsjahren eine Grundrente zehn Prozent oberhalb der Grundsicherung erhalten. Das heißt, es gibt für diese Grundrente 83,80 Euro mehr, sie liegt damit bei 921,80 Euro.

Arbeitslosenbeitrag: Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte gesenkt werden. Die Sozialabgaben – das war eine zentrale Forderung der Union – sollen unter 40 Prozent stabilisiert werden. Bei einem Durchschnittseinkommen von 3200 Euro können also 9,60 Euro gespart werden.

Kindergeld: Das Kindergeld soll in zwei Schritten um 25 Euro pro Kind und Monat erhöht werden. Der Kinderzuschlag für Einkommensschwache soll ebenfalls erhöht werden.

Steuern: Eine Steuererhöhung kommt nicht. Im Gegenteil wollte die Union die Steuerzahler eigentlich um 15 Milliarden Euro im Jahr bei der Einkommensteuer entlasten. Dazu hätte sie aber die Länder gebraucht, die wegen der Schuldenbremse wenig Lust zu Steuersenkungen zeigen. Daher soll die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen jetzt über den Solidaritätszuschlag laufen, der zu 100 Prozent dem Bund zukommt. Bei einer Entlastung von 10 Milliarden Euro für Bruttoeinkommen von unter 60.000 Euro. (dpa)

